



Roma, Sinti und Jenische in der Schweiz

Stopp Antiziganismus

Roma, Sinti und Jenische sind Minderheiten, die in der Schweiz oft Vorurteilen und Diskriminierungen ausgesetzt sind: Bettelei, Kriminalität, Prostitution und Asylmissbrauch sind Begriffe, die oft in einem Atemzug mit Roma genannt werden. Eine Studie über die Berichterstattung in Schweizer Medien zu Roma und Jenischen kommt zum ernüchternden Schluss, dass jeder achte analysierte Beitrag diskriminierend ist. Das muss sich ändern.

Die Roma, Sinti und die Jenischen sind eine sehr heterogene Gruppe. Nur noch ein kleiner Teil von ihnen ist fahrend. 35 000 Jenische (davon 3000 bis 5000 Fahrende), 50 000 Roma (davon einige hundert Fahrende) und einige Manouches-Familien leben in der Schweiz. Der Grossteil dieser Gruppierungen ist

sesshaft, «unsichtbar» und hat sich somit bestens in die Schweizer Mehrheitsgesellschaft integriert. Die Fahrenden hingegen werden oft als Fremdkörper wahrgenommen.

Für die unheilvolle Kombination von struktureller Diskriminierung und kultureller Stigmatisierung von Roma, Sinti und Jenischen hat sich in der Geschichts- und Sozialwissenschaft seit einigen Jahren ein neuer Begriff etabliert: Antiziganismus. Bernhard C. Schär und Béatrice Ziegler bringen die Merkmale des Antiziganismus in dem im Januar erschienenen Buch «Antiziganismus in der Schweiz und in Europa» (siehe Kasten) folgendermassen auf den Punkt: Wie viele Formen des Rassismus funktioniert auch der Antiziganismus ohne reale Anwesenheit der Betroffenen. Wo es keine Roma, Sinti und Jenischen

Welche Bilder über Roma transportieren die Medien? Bilder, auf denen Roma aktiv und selbstbewusst agieren – wie hier bei einer Demonstration gegen den Antiziganismus in Berlin-Neukölln 2013 – sind in den Medien selten. Es überwiegen auch in der Bildsprache die üblichen Klischees.

Foto: Uwe Hixsch, flickr.com



**GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER**

gibt, erfindet der Antiziganismus welche. Wie viele Formen des Rassismus ist der Antiziganismus jenen, die ihn äussern, nicht immer bewusst. Zudem lässt der Antiziganismus die Betroffenen kaum zu Wort kommen.

Roma und Jenische in Schweizer Medien

Diese Tendenz schlägt sich insbesondere in der Medienberichterstattung über Roma, Sinti und Jenische in der Schweiz nieder. Das Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) hat im Auftrag der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) eine Studie zu Antiziganismus in den Schweizer Medien durchgeführt. Die Autoren der Studie, welche im Dezember 2013 veröffentlicht wurde, haben im Rahmen der Untersuchung die Berichterstattung über Roma und Jenische zwischen 2005 und 2012 in ausgewählten deutsch-, französisch- und italienischsprachigen Leitmedien analysiert. Lange Zeit waren Beiträge über Roma und Jenische nur sporadisch anzutreffen. Erst ab 2007 intensivierte sich die Berichterstattung, die sich dann ab 2010 nochmals verdichtete. Aufgrund der Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien erfahren die Roma eine besonders grosse Aufmerksamkeit.

Während die Auslandsberichterstattung über Roma oft von Diskriminierungen handelt, sind die Diskriminierungen, denen Roma und Jenische in der Schweiz ausgesetzt sind, selten ein Thema. Hier wird in erster Linie delinquentes oder als störend empfundenes Verhalten wie Bettelerei, Kriminalität oder Prostitution thematisiert. Dies prägt die öffentliche Wahrnehmung von Roma und Jenischen auf sehr problematische Weise. In Beiträgen über Roma und Jenische werden vor allem BehördenvertreterInnen hinzugezogen. Sie kommen in 42 Prozent der Berichte zu Wort, während die Roma und Jenischen selbst lediglich in 13 Prozent der Beiträge direkt befragt werden. Sie werden meist nur als Reaktion und im Nachgang von Ereignissen konsultiert und können daher kaum eigene Themen einbringen. Die Studie kommt

Neuer Sammelband zum Thema Antiziganismus in der Schweiz

Der Sammelband, u.a. mit einem Beitrag von der GfbV-Kampagnenverantwortlichen Angela Mattli, präsentiert neueste Forschungsergebnisse. Deren zentrale Einsichten lauten: Die kulturgeschichtlichen Wurzeln des modernen Antiziganismus lassen sich bis in die Frühe Neuzeit zurückverfolgen. Die in der Schweiz dominierende Auffassung, das Land werde von organisierten Roma-Bettelbanden überschwemmt, erweist sich empirisch betrachtet als haltlos.

Bernhard C. Schär und Béatrice Ziegler (Hg.): «Antiziganismus in der Schweiz und in Europa – Geschichte, Kontinuitäten und Reflexionen», Zürich 2014. ISBN 978-3-0340-1220-1

«Wir dürfen nicht davon ausgehen, dass JournalistInnen besser informiert sind»

Die GfbV hat bei Venanz Nobel, dem Vizepräsidenten des Vereins «schäft qwandt» und Mustafa Arsan, Künstler und Mitglied des Roma Jam Session Art Kollektiv, nachgefragt, wie sie den zunehmenden Antiziganismus in der Schweiz wahrnehmen und was dagegen unternommen werden kann.

GfbV: Sind die Ergebnisse der EKR-Studie überraschend? Was lösen diese bei Euch aus?

Venanz Nobel: Die Ergebnisse sind für mich nicht überraschend. Es ist eine Bestätigung für das, was wir schon immer sagten. Gut an der Studie ist, dass sie Entwicklungen aufgezeigt und die Stereotype beschrieben werden, welche in der Medien transportiert werden. Andererseits wird trotz wissenschaftlicher Vorgehensweise nicht ganz klar, welche Artikel untersucht wurden. Wurden bei der NZZ beispielsweise nur der Politteil analysiert oder auch das Feuilleton? Das geht aus der Studie nicht hervor.

Mustafa Arsan: Die Ergebnisse der EKR-Studie sind auch für mich nicht überraschend und bestätigen leider das, was ich immer wieder auch selber beobachte. Das löst bei mir als Roma-Künstler einerseits Enttäuschung aus, andererseits motiviert es mich, aktiv zu werden.

Was sind aus Eurer Sicht die nötigen Schritte, um Antiziganismus in den Medien zu bekämpfen? Was unternimmt Ihr selber?

Nobel: Die Begriffe müssen differenziert werden. In den Ausbildungsstätten für Medienschaffende muss ein Grundwissen über Roma, Sinti und Jenische vermittelt und ExponentInnen eingeladen werden. Wir dürfen nicht davon ausgehen, dass JournalistInnen besser informiert sind. Man kann nicht von ihnen verlangen, dass sie gute Artikel schreiben, wenn das nötige Wissen fehlt. Zudem müssen die Themen Roma, Sinti und Jenische auch vermehrt in der Schule aufgegriffen werden. Der Verein «schäft qwant» macht selbst ein Pressemonitoring und organisiert bei Bedarf LeserInnenbriefkampagnen. Dies kann durchaus erfolgreich sein, wie der Fall Benzenschwil zeigt: Nach der Mobilisierung der SVP gegen die Schaffung eines Durchgangsplatzes und der entsprechend negativen Berichterstattung in der Aargauer Zeitung (AZ), konnten wir mittels Leserbriefen einen Gegenstandspunkt setzen, der von der AZ rezipiert wurde. Der zeitliche Aufwand dafür war jedoch enorm hoch.

Arsan: Im Sommer 2013 gründeten Mo Diener (Performance Künstlerin), Eva Merckling (Musi-

kerin), Milena Petrovic (Schauspielerin) und ich das Roma Jam Session Kollektiv. Als Roma ist es unser Ziel, mit Kunst und Performance Respekt und Anerkennung für Roma, Sinti und Jenische einzufordern und Stereotype und Klischees bewusst zu bekämpfen.

Was erwartet ihr von unterstützenden Organisationen wie der GfbV?

Nobel: Eine verstärkte Präsenz und die Einflussnahme beim Verlegerverband, beim Presserat und bei den Medienausbildungsinstitutionen sowie Unterstützung bei unserer eigenen Kommunikation. Gleichzeitig muss die Stimmung der Aktivistinnen und Aktivisten ernst genommen und auf ihre Anliegen eingegangen werden. Das Engagement der GfbV und die Initiative, den 8. April als Aktionstag für Roma, Sinti und Jenische in der Schweiz zu lancieren, erachte ich als positiv.

Arsan: Wir erwarten von der GfbV eine fruchtbare Zusammenarbeit und freuen uns, in Zukunft gemeinsame Podiumsdiskussionen, Aktionen, Projekte und Workshops mit Roma, Sinti, Jenischen und Gadjes zu organisieren.

Interview: Angela Mattli, Yves Bowie

zum Schluss, dass in rund der Hälfte der analysierten Berichte Pauschalisierungen verwendet werden. In jedem achten Beitrag über Roma und Jenische sind die Pauschalisierungen klar negativ und somit diskriminierend.

Nach der Veröffentlichung der Studie hat die GfbV den Schweizer Presserat dazu aufgefordert, Antiziganismus in den Medien noch deutlicher zu verurteilen. Gleichzeitig soll der Presserat zusammen mit den schweizerischen Ausbildungsstätten für Medien-schaffende angehende JournalistInnen stärker sensibilisieren. Um auch die breitere Öffentlichkeit auf den zunehmenden Antiziganismus in der Schweiz aufmerksam zu machen, organisiert die GfbV zusammen mit AktivistInnen und unterstützenden Organisationen erstmals verschiedene Aktivitäten rund um den 8. April 2014 – den internationalen Tag der Roma und Sinti. Ziel ist es, auf die Situation der hier lebenden Roma, Sinti und Jenischen aufmerksam zu machen und ein Zeichen zu setzen gegen Antiziganismus und für mehr Respekt und Anerkennung der in der Schweiz lebenden Roma, Sinti und Jenischen.

Angela Mattli, Yves Bowie

Internationaler Tag der Roma, Sinti und Jenischen

Strassenaktion «Stopp Antiziganismus – Respekt und Anerkennung für Roma, Sinti und Jenische in der Schweiz»

**8. April 2014, 13 Uhr
Waisenhausplatz, Bern**

GfbV-Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung der GfbV (MV) findet dieses Jahr am 2. Juni 2014 auf der Geschäftsstelle in Ostermundigen statt. Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen, an der MV teilzunehmen. Damit wir den Anlass besser planen können, bitten wir um eine Anmeldung bis zum 27. Mai (info@gfbv.ch, 031 939 00 00). Die Traktandenliste ist ab sofort auf der GfbV-Website (www.gfbv.ch/mv) veröffentlicht. Eine weitere Einladung an die Mitglieder wird nicht verschickt; die Unterlagen können ab sofort bestellt werden.

Mitgliederversammlung: 2.6.2014, 19 Uhr, Geschäftsstelle der GfbV, Schermenweg 154, 3072 Ostermundigen

Editorial

Die GfbV bewegt! Dank der Unterstützung unserer Mitglieder und Sympathisierenden haben wir auch 2013 wieder viel erreicht: Im Rahmen unserer Kampagne «No dirty Gold!» haben wir aufgezeigt, dass es im industriellen Goldabbau immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung kommt. Die Schweiz als weltweit wichtigste Golddrehscheibe steht deshalb in der Verantwortung. Mit medienwirksamen Aktionen und seriösen Recherchen haben wir die Schweizer Goldindustrie und die Schweizer Behörden unter Druck gesetzt. Und dies mit Erfolg! Eine erste Teilforderung der GfbV wurde im Dezember erfüllt: Der Bundesrat hat angekündigt, die Goldhandelsstatistik künftig offen zu legen und damit für mehr Transparenz zu sorgen (vgl. Kasten auf Seite 8).

Einen wichtigen Erfolg konnten wir auch in der Sri Lanka-Kampagne verbuchen: Das Bundesamt für Migration (BFM) hatte letzten September bekannt gegeben, vorläufig auf die Ausschaffung von srilankischen Asylsuchenden zu verzichten, nachdem wir in einem Bericht publik gemacht hatten, dass mindestens zwei weggewiesene Asylsuchende bei ihrer Rückkehr in Sri Lanka gefoltert wurden. Und unsere Kampagne wirkt noch immer: Das seit langem angekündigte Rückübernahmeabkommen mit Sri Lanka ist vorläufig auf Eis gelegt. Offenbar wird die miserable Situation in Sri Lanka nun auch besser in den Asylentscheiden berücksichtigt: Seit Ende September sind deutlich mehr Asylgesuche von Menschen aus Sri Lanka gutgeheissen worden.

Auch für das Jahr 2014 haben wir uns viel vorgenommen. In unserem Jubiläumsjahr – die GfbV feiert dieses Jahr ihren 25. Geburtstag – wollen wir ein Zeichen setzen gegen den zunehmenden Antiziganismus, der insbesondere in der Medienberichterstattung der Schweizer Medien feststellbar ist. Als ersten Schritt haben wir zusammen mit engagierten Roma, Sinti und Jenischen in der Schweiz verschiedene Aktivitäten rund um 8. April, den internationalen Tag der Roma, Sinti und Jenischen organisiert (vgl. Text nebenan).

Einen Schwerpunkt setzen wir auch in diesem Jahr beim Goldabbau. Wir verlangen von den Goldraffinerien endlich mehr Transparenz und konkrete Massnahmen auf dem Weg zu «sauberem Gold». Und von den Schweizer Behörden fordern wir die Schaffung eines Gesetzesrahmens, welcher die Firmen auch bei ihren Tätigkeiten im Ausland zur Wahrung der Menschenrechte und zum Schutz der Umwelt verpflichtet.

Für unsere Aktivitäten sind wir auch künftig auf die Unterstützung unserer Mitglieder und Sympathisierenden angewiesen! Wir freuen uns, wenn Sie unser Engagement auch weiterhin ermöglichen. Herzlichen Dank!

Christoph Wiedmer, Geschäftsleiter GfbV

Millions can walk...and win!



Foto: Filmcoopi Zürich AG

Im Oktober 2012 machten sich in der indischen Stadt Gwalior 100 000 Menschen auf den Weg in die 400 Kilometer entfernte Hauptstadt Delhi. Mit ihrem «Marsch der Gerechtigkeit», dem «Jan Satyagraha», protestierten die Menschen gewaltlos gegen Ausbeutung und Vertreibung der Landlosen und der Adivasi, der indigenen Bevölkerung Indiens. In einem 10-Punkte-Programm forderten sie von der indischen Regierung unter anderem eine grundlegende Landreform. Damit soll die Lebensgrundlage der Adivasi und der ärmsten Menschen Indiens gesichert werden. Die Menschen befanden sich noch auf ihrem Weg nach Delhi, da signalisierte der indische Minister für Agrarentwicklung bereits Gesprächsbereitschaft. Heute, etwas mehr als ein Jahr später, sind bereits viele Forderungen auf Gesetzesebene umgesetzt. Um den «Jan Satyagraha» und die Menschen, die am Marsch teilgenommen haben, dreht sich der Film «Millions Can Walk» von Christoph Schaub und Kamal Musale. Anlässlich der Film Premiere haben wir den Gründer und langjährigen Friedensaktivisten Rajagopal P.V. in Bern getroffen. Das Aushängeschild der sozialen Bewegung «Ekta Parishad» war massgeblich an der Organisation des «Marsches der Gerechtigkeit» beteiligt und ist eine der Hauptfiguren im Film «Millions Can Walk».

Welches Ziel verfolgt die Bewegung «Ekta Parishad»?

Rajagopal P.V.: «Ekta Parishad» engagiert sich für das Recht der Menschen auf Land, Wald und Wasser. Die Idee dahinter ist einfach: Armut lässt sich nur effektiv bekämpfen, wenn die Menschen die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen Land, Wald und Wasser haben. Wasser für die Fischer, Wald für die Indigenen oder die Adivasi und Land für die Landlosen und die Bäuerinnen und Bauern – das sind unsere Forderungen. Wir arbeiten nach dem Konzept von Mahatma Gandhi. Dieser

sagte, dass Dorfgemeinschaften selbstversorgend und selbstverwaltet sein sollen. Wir kämpfen für eine dezentralisierte Wirtschaft, dezentralisierte Entscheidungen und dezentralisierte Macht. Um diese Ziele zu erreichen, organisieren wir Projekte, Trainings sowie grosse, aber auch kleine Proteste.

Am 2. Oktober 2012, am internationalen Tag der Gewaltlosigkeit, begann der

«Jan Satyagraha». Worum ging es beim «Marsch der Gerechtigkeit»?

Der «Jan Satyagraha» ist ein sehr wichtiges, gewaltloses Instrument. Für die Teilnahme am einmonatigen Marsch sammelten die Menschen täglich eine Rupie und eine Hand voll Reis – und das während drei Jahren. Für arme Menschen ist das sehr viel. Die Hauptbotschaft des Marsches sollte sein, dass auch die Ärmsten selber handeln und ihr Leben ändern können. Die zweite Botschaft ist, dass auch junge Menschen Verantwortung übernehmen können. 12 500 junge Menschen, viele von ihnen Analphabeten, die nie zur Schule gegangen sind, halfen bei der Organisation des Marsches und übernahmen so Verantwortung für die eigene Gesellschaft. Welche andere Veranstaltung bietet so vielen Menschen die Möglichkeit zum Mitmachen? Männer, Frauen, Kinder, Alte, Junge, Kranke: Sie alle können am Marsch teilnehmen. Der friedliche Protestmarsch ist eine Methode, die auch von Bewegungen in anderen Ländern übernommen werden kann.

Der Marsch hat einen stark sozialen Charakter. Welche Rolle spielt der einzelne Mensch in diesem Prozess?

Ich denke, die armen Leute spielen hier eine wichtige Rolle, da sie viel für den Marsch opferten. Nicht nur mit dem Sparen von Geld und Nahrung. Sie legten auf dem Marsch riesige Distanzen mit dem Zug zurück, ohne ein Ticket zu kaufen. Sie bestiegen den Zug und sagten dem Kondukteur selbstbewusst: «Ich habe kein Geld, um mir ein Ticket zu kaufen, ich kämpfe aber trotzdem für meine Rechte.» Wir marschierten in einem Gebiet, das wir nicht kannten, wir besetzten wochenlang die Strassen und eine Spur der Autobahn. Wir hatten dafür keine Genehmigung, aber wir marschierten einfach drauf los. Regierungsbeamte und Polizisten unterstützten uns dabei und manche Leute verteilten Blumen an die Marschierenden. Es ist

eine Erfahrung, welche die Teilnehmenden veränderte und ihnen auch Selbstvertrauen gab. Diese Leute bettelten nicht, sondern sie tanzten, sangen und kämpften würdevoll und selbstbewusst für ihre

«Wenn ihr uns kein Land gebt, geben wir euch keine Stimme.»

Rechte. Trotz all der Entbehrungen verlief der Marsch wie ein einziges grosses Fest. Ich denke, man kann aus einem Kampf ein Fest machen.

Was hat der «Jan Satyagraha» für die Adivasi gebracht?

Wir haben schon viele Märsche organisiert. Im Zuge der Märsche in den Jahren 2007 und 2012 haben rund 1,2 Millionen der insgesamt 80 Millionen Adivasi Land erhalten. Das ist gut, denn manche Leute besitzen nun endlich Land. Aber was ist mit den Menschen, welche noch immer kein Land haben? Ihr Kampf ist noch nicht vorbei. Wir können nicht aufgeben, solange diese Menschen nicht das Land bekommen haben, das ihnen zusteht. Die Menschen, die Land erhalten haben, sind sehr glücklich und bebauen und kultivieren es. Ihnen geht es jetzt finanziell besser. Sie können nun mehr zu unseren nächsten Aktionen beitragen. Diejenigen, die Land erhalten haben, helfen nun denen, die noch dafür kämpfen.

Welche Aktivitäten laufen derzeit?

Rund um die Wahlen vom Februar 2014 haben wir in Delhi die Kampagne «No land, no vote» lanciert. «Wenn ihr uns kein Land gebt, geben wir euch keine Stimme» lautete der Leitspruch unserer Kampagne. Wir haben dazu Politiker al-



Foto: Filmcoop Zürich AG

ler Parteien zu einer Stellungnahme über die Landreform eingeladen. Doch: Indien ist sehr korrupt. Das meine ich nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch in Bezug auf Worte. Viele Politikerinnen und Politiker sagen A und tun B. Sie üben so eine Art Gewalt aus. Dagegen wehren wir uns. Auf Hindi sagen wir «Manasa, Vaacha, Karmana» – «Manasa» bedeutet Gewaltlosigkeit im Geist, «Vaacha» meint

Gewaltlosigkeit in Worten und «Karmana» meint Gewaltlosigkeit im Handeln. Also gewaltlose Handlungen, gewaltlose Kommunikation und gewaltlose Gedanken. Ein spiritueller Prozess, in dem du in jeder Beziehung gewaltlos sein solltest.

Interview: Nicole Pozzi, Jessica Fuchs

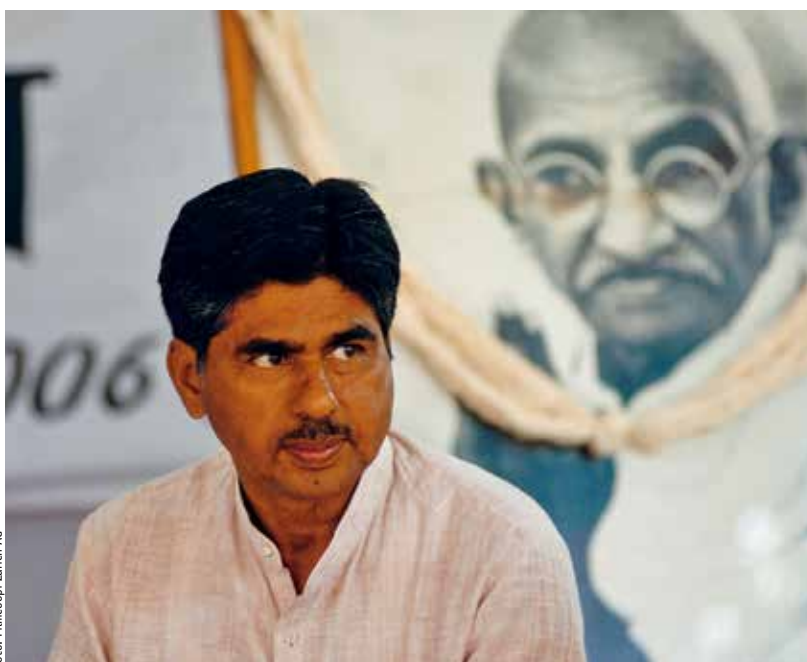


Foto: Filmcoop Zürich AG

Interviewpartner Rajagopal P.V.

Der Friedensaktivist Rajagopal P. V. ist Mitglied des indischen Nationalrates für Landreformen, Vizepräsident der Gandhi Peace Foundation sowie Gründer und Präsident der indischen Menschenrechtsbewegung «Ekta Parishad» (zu Deutsch: «solidarischer Bund»). Seit mehr als 40 Jahren engagiert er sich für die Rechte der Adivasi und von anderen marginalisierten Bevölkerungsgruppen in Indien. Seit seinen Anfängen als Menschenrechtsaktivist in den 1970er Jahren arbeitete Rajagopal in gewaltbetroffenen Armenvierteln in der Rehabilitation von Banditengruppen, besuchte die indischen indigenen Gemeinschaften und gründete Ausbildungsorganisationen zu den Themen Gewaltfreiheit und Selbstbestimmung. Daraus entstanden zahlreiche selbstorganisierte Frauen- und Jugendbewegungen. Im Jahr 1991 gründete er den Verein «Ekta Parishad», in dem er mit anderen Aktivisten und Aktivistinnen für die Einhaltung der Rechte der Landlosen und der Adivasi und gegen das in Indien weit verbreitete «Land Grabbing» kämpft. «Ekta Parishads» Kampagnen gründen auf Mahatma Gandhis Methoden und setzen unter anderem den Fussmarsch als gewaltlose Protestaktion ein. (np/jf)

Schweizer Freihandel mit «unechten» Demokratien

Schon wieder sorgt ein Freihandelsabkommen für Diskussionen: Die Schweiz führt gemeinsam mit den Efta-Staaten seit längerem Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Russland, einem Land, dessen Liste an Menschenrechtsverletzungen lang ist. Mit am Verhandlungstisch sitzen auch Vertreter Weissrusslands – einem autokratisch geführten Land, gegen das umfangreiche internationale Sanktionen bestehen. Für Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann ist das aber kein Problem.

Weissrussland gilt unter westlichen Beobachtern als «letzte Diktatur Europas»: Das Land wird seit 1994 autokratisch von Staatspräsident Alexander Lukaschenko geführt. Menschenrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung, insbesondere das Recht auf freie Meinungsäusserung und das Versammlungs- und Demonstrationsrecht sind kaum gewährleistet. Laut internationalen Menschenrechtsorganisationen werden MenschenrechtsaktivistInnen, GewerkschafterInnen, UmweltaktivistInnen und Angehörige sexueller Minderheiten verfolgt. Und: Weissrussland ist das letzte Land Europas, das die Todesstrafe vollstreckt.

Mit den Wahlen 2006, bei denen Lukaschenko massive Wahlfälschung vorgeworfen wurde, ist das Land definitiv unter internationale Beobachtung geraten. Seit Mai 2006 sind von Seiten der EU umfangreiche wirtschaftliche Sanktionen in Kraft. Die Schweiz zog Ende Juni 2006 nach und verhängte ebenfalls Sanktionen gegenüber Weissrussland, die noch heute in Kraft sind. Die Sanktionen richten sich gegen rund drei Dutzend Personen aus der Regierung und dem Verwaltungsapparat, unter anderem auch gegen den Staatspräsidenten und seine Söhne. Die sanktionierten Personen dürfen nicht in die Schweiz einreisen. Zudem sind ihre Vermögenswerte in der Schweiz blockiert. Das hindert aber die offizielle Schweiz nicht daran, mit Weissrussland über ein Freihandelsabkommen zu verhandeln – wenn auch über die Hintertür. Konkret: Gemeinsam mit den Efta-Staaten Norwegen, Island und Liechtenstein verhandelt die Schweiz seit längerem über ein Freihandelsabkommen mit Russland. Russland

unterhält mit Weissrussland und Kasachstan seit 2009 eine Zollunion. Die Efta-Staaten sind dem Vernehmen nach von der russischen Delegation nach Beginn der Verhandlungen vor die Wahl gestellt worden: Entweder ein Freihandelsabkommen mit der gesamten Zollunion – und damit auch mit Weissrussland – oder kein Freihandelsabkommen.

Der «faule» Kompromiss

Wie der Tages-Anzeiger Ende Januar berichtete, sei die Zollunion zwischen Russland, Kasachstan und Weissrussland lange Zeit ein Papiertiger gewesen – bis 2011: Da habe der russische Präsident Wladimir Putin die Zollunion zur Chefsache gemacht. Der ehemalige schweizerische Handelsdiplomate Luzius Wasescha, der die Verhandlungen mit Russland aufgegleist hat, sagte gegenüber dem Tages-Anzeiger, dass man sich bewusst gewesen sei, dass ein Freihandelsabkommen mit Weissrussland politisch brisant sei. Deshalb habe man sich auf einen Kompromiss geeinigt: Die Verhandlungen dürften nicht in Weissrussland stattfinden und nicht von einem weissrussischen Vertreter geleitet werden.

Für Bundesrat Johann Schneider-Ammann ist ein Freihandelsabkommen mit Weissrussland kein Problem. Über Weissrussland und Kasachstan sagte er in einem Interview mit dem Tages-Anzeiger vom 25. Januar: «Das sind natürlich noch keine echten Demokratien, aber sie bieten einen gewissen Standard kalkulierbarer Voraussetzungen.» Schneider-Ammann gibt im Interview zwar zu, dass es Vorbehalte gegen das Abkommen gebe. Doch weil Russland gleichzeitig wichtiger Rohstofflieferant und interessanter Absatzmarkt für Schweizer Produkte sei, habe man schliesslich eingewilligt, die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen auf Weissrussland auszudehnen.

Freihandelsabkommen ohne Menschenrechtsklausel?

Für die GfbV ist ein Freihandelsabkommen mit der Russland, Weissrussland und Kasachstan ohne verbindliche Menschenrechtsklauseln nicht vertretbar. Die GfbV hat ihre Bedenken sowohl gegenüber Bundesrat Schneider-Ammann als auch anlässlich eines Gesprächs mit den SECO-Verantwortlichen klar zum Ausdruck

gebracht. Es ist inakzeptabel, dass das Freihandelsabkommen zwar ein Nachhaltigkeitskapitel enthält, auf die Menschenrechte aber nicht eingegangen wird. Die GfbV fordert verbindliche Mechanismen im Falle von festgestellten Menschenrechtsverletzungen.

Nach der öffentlichen Berichterstattung schaltet sich nun auch das Parlament ein: Nationalrat Martin Naef (SP/ZH) ist enttäuscht, dass die Menschenrechte in der Handelspolitik des Bundesrates nicht mehr Gewicht haben. Er verlangt mit einem Vorstoss eine Antwort auf die Frage, wie es möglich ist, einerseits ein Land mit Sanktionen zu belegen und andererseits Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zu führen. Kritik am Freihandelsabkommen kommt aber auch aus Schneider-Ammanns eigener Partei: Für die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder sind Freihandel und Sanktionen «ein Widerspruch in sich».

Text: Reto Moosmann

Repression während Olympiade

Bereits im Vorfeld der olympischen Spiele im russischen Sotschi war zu befürchten, dass die Repression gegen Oppositionelle und kaukasische Minderheitenvertreter steigen würde. Am Eröffnungstag der Olympischen Winterspiele wurden mehrere tscherkessische Aktivisten verhaftet. Am 14. Februar wurde der tscherkessische Minderheiten-Vertreter Asker Sokht von der russischen Polizei in Krasnodar festgenommen. Der als moderat geltende Führer des tscherkessischen Verbands «Adyge-Khase» hatte sich, laut Angaben der Internationalen Tscherkessischen Assoziation, kritisch über die Olympischen Spiele in Sotschi geäussert. Der Aktivist sollte vorerst sieben Tage in Haft bleiben.

Zwei Tage nach Sokhts Festnahme, wurde die italienische Aktivistin für Homosexuellenrechte Vladimir Luxuria in Sotschi verhaftet. Die Transsexuelle und ehemalige italienische Abgeordnete hatte während der Austragung der Olympischen Spiele mit einem Plakat mit der Aufschrift «Schwul zu sein, ist okay» gegen die Verletzung von Schwulenrechte in Russland protestiert. Luxuria wurde von den russischen Sicherheitsbehörden festgenommen, berichtet die italienische Aktivistin für Schwulenrechte, Imma Battaglia. (np)

Erfolgreiche Sri Lanka-Kampagne

Der Erfolg der Sri Lanka-Kampagne hält an. Das seit langem angekündigte Rückübernahmeabkommen mit Sri Lanka wird im Moment offenbar nicht weiterverfolgt. Das Bundesamt für Migration (BFM) und das Ausserdepartement (EDA) bestätigen, dass das Abkommen momentan nicht unterzeichnet wird und vorläufig auch kein Thema sei. Die Risikobeurteilung bezüglich künftiger Wegweisungen von abgewiesenen Asylsuchenden aus Sri Lanka soll erst im April 2014 abgeschlossen sein. Klar ist aber schon jetzt: Die Risiken für weggewiesene Asylbewerber dürften in jedem Fall höher gewichtet werden als bisher. Ein Hinweis darauf sind die Zunahme der positiven Asylentscheide für srilankische Flüchtlinge sowie die Zunahme von gutgeheissenen Rekursen durch das Bundesverwaltungsgericht. Da über 3000 Personen aus Sri Lanka zurzeit im Asylverfahren sind, hat sich die Situation für Hunderte von ihnen dank unserer Kampagne klar verbessert. In diesen Tagen tagt der UNO-Menschenrechtsrat in Genf, wo wichtige Weichen bezüglich einer internationalen Untersuchung der Kriegsverbrechen durch die srilankische Armee und die Tamil Tigers gestellt werden. Die GfbV hat zusammen mit Freedom from Torture (FFT) und Tamils against Genocide (TAG) einen Side-Event an der UNO organisiert, wo wir die von der srilankischen Regierung initiierten Aufarbeitungs- und Versöhnungsversuche als Farce entlarven: Folter und Verschwindenlassen von Angehörigen der tamilischen Minderheit hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. (am)

Bald Freihandel mit China?

Gravierende Menschenrechtsverletzungen, Kinder- und Zwangsarbeit und die Unterdrückung von Minderheiten in China zum Trotz: Im Dezember stimmte der Nationalrat dem Freihandelsabkommen mit China zu. Im Abkommen werden weder verbindliche Menschenrechtsbestimmungen festgelegt noch Fragen zu Minderheitenrechte geklärt. Das Freihandelsabkommen mit China erhöht so die Wahrscheinlichkeit, dass Produkte in die Schweiz importiert werden, welche unter menschenunwürdigen Bedingungen produziert wurden. Im Dezember 2013 lancierte die China-Plattform, der auch die GfbV angehört, die Kampagne «Kein Freihandelsabkommen ohne Menschenrechte» und forderte den Nationalrat auf, das Freihandelsabkommen mit China zurückzuweisen. Dennoch stimmte der Nationalrat dem Abkommen am 10. Dezember 2013 zu – ironischerweise am internationalen Tag der Menschenrechte.

Viele Politikerinnen und Politiker hatten sich vor den Nationalratswahlen von 2011 bei der Online-Wahlhilfe Smartvote für einen stärkeren Einbezug der Menschenrechte in Freihandelsabkommen ausgesprochen – 63 von ihnen sind beim China-Abkommen wortbrüchig geworden. (np)

Kurz

Stopp der Gewalt in Xinjiang – Chinas Regierung muss handeln

Seit Januar 2013 sind bei Auseinandersetzungen zwischen den chinesischen Sicherheitskräften und der uigurischen Bevölkerung in der Region Xinjiang mehr als 250 Personen ums Leben gekommen, davon allein 39 im Jahr 2014. Kriminalisierung und Verhaftungen von Menschenrechtsaktivisten und Regierungskritikern haben im uigurischen autonomen Gebiet Ostturkestan im letzten Jahr erheblich zugenommen. Wie sehr die Verfolgung von Kritikern der chinesischen Regierungspolitik zugenommen hat, macht auch die Zahl der Gerichtsverfahren wegen sogenannter «Gefährdung der Staatssicherheit» in der Autonomen Region deutlich. Im Jahr 2013 kam es zu 296 Strafprozessen in Ostturkestan, das sind zehn Prozent mehr als im Vorjahr.

Die GfbV fordert von der chinesischen Regierung ein Umdenken und den Stopp der Verfolgung und die Freilassung der aus politischen Gründen inhaftierten uigurischen Menschenrechtsaktivisten. Zudem braucht es einen glaubwürdigen, konstruktiven Dialog mit der uigurischen Bevölkerung.

Bestellen Sie den neuen Jahresbericht der GfbV!

Der Jahresbericht 2013 ist da. Er steht ab Anfang April auf unserer Website zum Download bereit (www.gfbv.ch/jahresbericht). Wer lieber ein gedrucktes Exemplar möchte, kann dieses auf der Geschäftsstelle der GfbV bestellen. Schicken Sie uns eine Mail an info@gfbv.ch oder rufen Sie uns an (031 939 00 00).

VOICE

Impressum: VOICE 1-2014, März 2014

Herausgeberin: Gesellschaft für bedrohte Völker, Schermenweg 154, 3072 Ostermundigen, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch

Redaktion: Reto Moosmann (rm)

Mitarbeit an dieser Nummer: Christoph Wiedmer (cw), Angela Mattli (am) Nicole Pozzi (np), Jessica Fuchs (jf), Yves Bowie (yb) **Layout:** Reto Moosmann

Erscheinungsweise: vierteljährlich **Auflage:** 8000 Exemplare **Druck:** gdz AG, Zürich; gedruckt auf Plano Speed («FSC Mix») **Abonnement:** CHF 30.–/Jahr **Mitgliederbeitrag:** mindestens CHF 60.–/Jahr

Proteste in Peru und Brasilien zunehmend kriminalisiert

Multinationale Konzerne haben einen unbändigen Hunger nach Rohstoffen. Soziale Proteste gegen Minenprojekte sind für die Rohstofffirmen ein Ärgernis und gefährden ihre Investitionen. Die Regierungen Perus und Brasiliens eilen den Konzernen zu Hilfe und erlassen immer mehr Gesetze, die sich gegen soziale Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen richten.

Es ist eine sehr kurze Ergänzung des peruanischen Strafrechts, die Anfang Jahr in Kraft gesetzt wurde – aber eine mit weitreichenden Konsequenzen. Mit dem ergänzten Artikel 20 des peruanischen Strafgesetzes ist «das Personal der Armee und der nationalen Polizei von Peru» von einer Bestrafung ausgenommen, wenn «bei der Ausübung ihrer Pflichten und unter Anwendung ihrer Waffen» «Verletzungen oder Tod» die Folge ist. Kurz: Die am 13. Januar 2014 publizierte Gesetzesänderung schützt die Sicherheitskräfte beim Einsatz von Schusswaffen vor einer allfälligen Strafverfolgung. Fallen bei einer Demonstration künftig Schüsse – und seien diese noch so ungerechtfertigt – kann kein Verfahren gegen die fehlbaren staatlichen Sicherheitskräfte eingeleitet werden.

Marco Arana, Menschenrechtsverteidiger und Aktivist gegen die Goldmine Yanacocha, ist besorgt: Arana selber ist schon Opfer von staatlicher Repression geworden. Als im Sommer 2012 der Protest gegen die Erweiterung der Mine Yanacocha eskalierte, wurde während einer Demonstration auch Arana massiv bedroht, obwohl er sich nur am Rande befunden hat: Der Polizist der ihn verhaftete, drückte eine geladene Pistole gegen Aranas Körper.

Die Änderung des Strafgesetzes ist nicht die erste Massnahme, welche Perus Regierung erlässt, um gegen soziale Bewegungen vorzugehen. In den letzten Jahren wurden insgesamt zwölf Gesetze verschärft – und damit soziale Bewegungen «kriminalisiert». Ausgewählte Anführer von sozialen Bewegungen werden Ziele von Repression durch Polizei und Militär, Protestierende werden zu «Unruhestiftern» oder gar «Terroristen». Gesetze, die früher zur Bekämpfung des Terrorismus dienten – Peru litt unter einem blutigen Bürgerkrieg mit der Untergrundorganisation «Leuchtender Pfad» – kommen heute gegen Bewegungen zur Anwendung, die sich gegen Umweltzerstörung oder Menschenrechtsverletzungen durch Rohstofffirmen einsetzen.

Kriminalisierung auch in Brasilien

Auch in Brasilien ziehen düstere Wolken auf: Aufgeschreckt durch die überraschend heftigen Proteste vom Sommer 2013 gegen die Ausrichtung der Fussball-Weltmeisterschaft 2014 in Brasilien, gegen Korruption, soziale Missstände, die Erhöhung von Preisen im öffentlichen Nahverkehr und unrechtmäs-

sige Polizeigewalt und angesichts der zunehmenden Proteste der indigenen Völker gegen die Industrialisierung des Amazonas verabschiedete die brasilianische Regierung im Dezember eine Verordnung. Ziel ist es, Einsätze der Polizei, des Militärs und der Marine gegen Protestbewegungen künftig besser zu koordinieren.

Als wichtigste Bedrohungsformen werden unter anderem die Blockade von Strassen oder die Besetzung von öffentlichen Einrichtungen bezeichnet.

In Anhang zur Verordnung definiert die Regierung die «gegnerischen Kräfte» wie folgt: «Es sind autonome oder infiltrierte Segmente von sozialen Bewegungen oder Nichtregierungsorganisationen, welche die öffentliche Ordnung oder den inneren Frieden des Landes gefährden könnten und illegale Vorgehensweisen nutzen». Die Verordnung zielt auch auf die indigenen Völker wie die Kayapo, die Yanomami und die Munduruku: Diese wehren sich im Amazonas gegen den Bau von Staudämmen und gegen Rohstoffabbau. Da das Mitbestimmungsrecht dieser indigenen Völker missachtet wird, sind für sie Besetzungen und Blockaden das einzige wirksame Mittel, um auf ihre bedrohliche Lage hinzuweisen. Sie müssen damit rechnen, künftig Opfer von staatlicher Repression zu werden.



Grosses Sicherheitsaufgebot bei einer Demonstration gegen die Goldmine Yanacocha.

Christoph Wiedmer, GfbV-Geschäftsleiter

Erster Schritt zu mehr Transparenz: Bundesrat legt Goldhandelsstatistik offen

Unsere Kampagne für sauberes Gold zeigt erste Erfolge: Der Bundesrat hat im Dezember angekündigt, künftig die Goldhandelsstatistik offen zu legen und damit für mehr Transparenz zu sorgen. Das ist ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zu sauberem Gold.

Doch Transparenz alleine genügt nicht: GfbV-Recherchen zeigen, dass Schweizer Raffinerien auch 2013 Gold importiert haben, bei dessen Abbau die Umwelt zerstört und soziale Konflikte angeheizt wurden. Die GfbV fordert daher den Bundesrat auf, die Goldimporteure zu verpflichten, beim Ankauf von Gold eine weitreichende Sorgfaltspflicht anzuwenden und ihre Lieferanten offen zu legen.

Seit Anfang der 1980er-Jahre verzichtete der Bundesrat darauf, die Goldimporte und -exporte öffentlich zu machen. Mit dieser Massnahme sollten die bedeutenden Goldimporte aus Südafrika während der Apartheid und die Importe aus der damaligen Sowjetunion versteckt werden. (cw)